



MARTIN MAINKA

»In Bonn ist Transparenz angesagt«.
Die Flick-Affäre und die Durchsetzung eines neuen
Politikideals, 1975-1987
(Zeitgeschichte)

Campus Verlag | Frankfurt am Main 2023
455 Seiten, gebunden | 39,00 €
ISBN 978-3-593-51722-3

rezensiert von

THORSTEN HOLZHAUSER, Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart

Geschichtswissenschaftliche Dissertationen sind selten politische Bücher. Bei Martin Mainkas Studie zur Flick-Affäre ist das anders. Nicht dass Mainka seine Untersuchung, wie man erwarten könnte, als Plädoyer für mehr Transparenz und Aufklärung in den Affären der Gegenwart nutzen würde. Im Gegenteil unterzieht er den aktuellen »Transparenzboom« (S. 12) einer Fundamentalkritik: Übersteigerte Transparenzforderungen dienten als Instrument der Sozialdisziplinierung, stellten Anonymität und Privatsphäre unter Generalverdacht und würden als Legitimationsmittel für unpopuläre Maßnahmen missbraucht, so Mainka. Aus Transparenz entstehe oft kein Mehr an Vertrauen und Klarheit, sondern ein Mehr an Intransparenz, weil die Regeln zu komplex seien oder zu einer verschleiernenden Informationsflut führten. Und schließlich förderten »Transparenzadvokaten wie bspw. Wikileaks« mit ihrer Misstrauenshaltung »eine zunehmende politisch-kulturelle Affinität zu Verschwörungstheorien« in den westlichen Gesellschaften (S. 138). Kurz: Transparenz ist ein Problem.

Diese provokante Schlussfolgerung zieht Martin Mainka in seiner sehr lesenswerten Dissertationsschrift, die er im Mai 2022 an der TU Darmstadt verteidigte. Methodisch verortet Mainka seine Arbeit in der kritisch-historischen Transparenz- und Korruptionsforschung, deren Grundlagen in Deutschland maßgeblich sein Doktorvater Jens Ivo Engels gelegt hat.¹ Dessen Konzept, Transparenz als »politische und soziale Forderung in einem bestimmten historischen Kontext« (S. 15) zu beschreiben, folgt Mainka. Im Transparenzideal sieht er ein zentrales Merkmal eines »neuen Politikverständnisses« (S. 11), das in den 1980er-Jahren aufgekommen und in der Flick-Affäre mit älteren Politikvorstellungen kollidiert sei. Dieser Interpretationsansatz grenzt die Studie auch von vorangegangenen Arbeiten zum Flick-Konzern und zur Flick-Affäre ab, auf deren Ergebnisse Mainka aufbaut.² Die Flick-Affäre wird in der Arbeit also nicht als politischer Skandal,

¹ Vgl. Jens Ivo Engels, Alles nur gekauft? Korruption in der Bundesrepublik seit 1949, Darmstadt 2019.

² Vgl. Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2007; Norbert Frei/Ralf Ahrens/Jörg Osterloh u.a., Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.

sondern als »Skandalkontext« perspektiviert (S. 49). Ohne dass er dies so benennt, erzählt Mainka damit die Flick-Affäre als Diskursgeschichte der Transparenz in der späten Bonner Republik, aus der er dezidiert Schlussfolgerungen für die Gegenwart ableitet. Für dieses Vorhaben stützt er sich auf zeitgenössische Presseartikel und Parlamentsprotokolle, auf Unterlagen aus Ministerien und aus den Parteien (vor allem von den Grünen) sowie auf Ermittlungsakten.

In einem Kapitel zu den »historischen Rahmenbedingungen« der Flick-Affäre (Kap. 2) malt Mainka zunächst ein Panorama der 1970er- und 1980er-Jahre, das kaum einen historiografischen Topos der jüngeren Zeitgeschichtsforschung auslöst: von der »Krise des Keynesianismus« (S. 55 f.) und der »Überforderung des Sozialstaates« (S. 57) über die »Krise der politischen Entscheidungsprozesse« (S. 58) bis zur »Repräsentationslücke der Volksparteien« (S. 59) und der »Erosion sozial-kultureller Milieus« (S. 59). Der Autor zeichnet so ein – etwas überspitztes – Bild seines Untersuchungszeitraums als einer fast präzedenzlosen Umbruchsituation, in das sich seine These vom Aufkommen eines neuen Politikideals gut einfügt. Wie dies im Verlauf der Flick-Affäre geschehen sei, zeigt Mainka nach einem knappen chronologischen Abriss (Kap. 3) sodann in vier ausführlichen Abschnitten, die sich mit der medialen Enthüllung der Affäre und der Medienarbeit der Justiz (Kap. 4), mit den Mechanismen der öffentlichen Empörung (Kap. 5), mit der Arbeit des Flick-Untersuchungsausschusses (Kap. 6) und schließlich mit den politischen Reformdebatten zur Parteienfinanzierung und zu Verhaltensregeln für Abgeordnete (Kap. 7) befassen.

Durchweg macht der Autor dabei auf die Problematik der Debatte um Transparenz aufmerksam. Transparenz wurde zum unerfüllbaren Standard überhöht und von allen Seiten mit ganz unterschiedlichen Motiven und Implikationen gefordert. Um gestiegenen Transparenz-erwartungen aus der Öffentlichkeit gerecht zu werden, griffen Zeitschriften wie »Der Spiegel« zur Veröffentlichung vertraulicher Dokumente. Aber auch die Staatsanwaltschaften reagierten auf die sich verändernden Erwartungen an ihre Arbeit, indem sie offener als zuvor über den Ermittlungsstand informierten. Öffentliche Aufklärung wog nun nach Ansicht »von zahlreichen Akteuren« (S. 163) schwerer als etablierte Vertraulichkeitsnormen. Doch konnten letztlich weder Medien noch Justiz den gestiegenen Transparenzforderungen gerecht werden, wollten sie nicht die Grundlagen ihrer jeweiligen Arbeit gefährden. Die Folge steigender Transparenzforderungen sei daher – so Mainkas Schlussfolgerung – kein Mehr an Aufklärung gewesen, sondern ein Weniger, »geht es doch hauptsächlich um die Deutungshoheit über die Informationen und das Framing« (S. 187).

Große Aufmerksamkeit widmet die Studie den politischen Parteien, deren Verhalten in der Affäre aus naheliegenden Gründen besonders unter Beschuss stand. So wird nachgezeichnet, wie in den öffentlichen Debatten um die Flick-Affäre eine Form der Parteienkritik zum Ausdruck kam, die in der frühen Bundesrepublik noch kaum sichtbar gewesen sei. Anders als zuvor, erschienen die politischen Parteien nun nicht länger als Repräsentanten von Partikularinteressen, sondern allein als solche ihres Eigeninteresses; als parasitäre Institutionen, die sich mit dem Staat gleichsetzten und sich an diesem bereicherten. Die Parteienschelte Richard von Weizsäckers und die »Kartellparteien«-These der 1990er-Jahre wurden so vorweggenommen.³ Zugleich konnte sich in der Affäre mit den Grünen ein neuer »Transparenzakteur« (S. 95) etablieren, der freilich oft genau das Gegenteil seiner Ziele erreichte: Mit ihren auf Misstrauen basierenden Forderungen nach mehr Basisdemokratie hätten die Grünen tatsächlich mehr Intransparenz verursacht, da sich Entscheidungsfindungen in den informellen Bereich verlagerten. Im Kontext der Flick-Affäre seien die Grünen aber in erster Linie durch eine »moralisierende« Korruptionskritik aufgefallen (S. 96).

Die Diagnose eines zunehmend »moralisierenden« Politikdiskurses wird in der Arbeit gleich mehrfach wiederholt, stellt aber auch ihre größte analytische Schwachstelle dar. Abgesehen davon, dass der Begriff der Moralisation ein zentrales Schlagwort »anti-woker« Kulturkämpfe

³ Vgl. »Wo bleibt der politische Wille des Volkes?« Gespräch von Richard von Weizsäcker mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, in: Die Zeit, 19.6.1992; Peter Mair/Richard S. Katz, Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Party Politics 1, 1995, S. 5–28.

der Gegenwart ist und daher als historische Analyse­kategorie unglücklich gewählt scheint, erhält er bei Mainka auch keine brauchbare Definition. Das Urteil, die Debatte werde »moralisiert« und die Transparenzforderung zum »moralischen Begriff« (S. 334) erhoben, rückt den Untersuchungsgegenstand eher ins Zwi­elicht, als dass es zu seiner Aufklärung beiträgt. Dass politische Akteure versuchen, bestimmten Normen zum Durchbruch zu verhelfen, kann jedenfalls nicht als neuartige Entwicklung der 1970er- und 1980er-Jahre gewertet werden, ist das doch der Kern von Politik. Ebenso wenig kann dies für die Tatsache gelten, dass politisch Verantwortliche an einem moralischen Wert- und Verhaltensstandard gemessen werden. Gerade die zentralen Phänomene der Flick-Affäre – Lobbyismus, Korruption und Einflussnahme – wurden auch schon lange zuvor als moralische Fragen problematisiert; nicht zuletzt im Bundestag, der sich schon in den 1950er-Jahren an einer »Ehrenordnung« für Abgeordnete versuchte, um ihnen entsprechende Verhaltensregeln an die Hand zu geben.⁴

Das Besondere an der Flick-Affäre ist daher gerade nicht, dass in ihrer Folge bestimmte Verhaltensweisen in der Politik »moralisiert« wurden, sondern dass durch sie in der Öffentlichkeit erstmals das ganze, systemische Ausmaß des Missbrauchs in den Parteien bekannt wurde. Die Folge war, dass die Institutionen ihre Arbeit machten – die Justiz ermittelte, die Medien klärten auf und die Politik gab sich neue Regeln. Dass die Parteien wiederum die erweiterten Offenlegungspflichten nutzten, um sich die »Absolution« für höhere staatliche Zuschüsse zu erkaufen (S. 367), steht auf einem anderen Blatt, kann kritisiert, muss aber nicht moralisiert werden.

Sehr viel überzeugender ist dagegen Mainkas Befund, dass in der politischen Konsequenz aus der Flick-Affäre »Transparenz als Alternative zu Verboten« funktionalisiert wurde: »Anstatt bestimmte als potentiell problematisch erachtete Praktiken, wie Großspenden von Unternehmen oder Nebentätigkeiten von Abgeordneten, durch Verbote zu unterbinden, setzt die Transparenz auf *Regulierung durch Öffentlichkeit*« (S. 418). Unerwünschtes Verhalten sollte so durch die freie Wahl des rationalen Konsumenten auf dem politischen Markt sanktioniert werden. Dies deutet Mainka als Kennzeichen einer Neoliberalisierung des Politischen, die mit einem nachhaltigen Wandel der Demokratie einherging: Mit der zunehmenden Verschmelzung von Staat und Parteien stand – und steht – die repräsentative Demokratie vor offensichtlichen Legitimationsproblemen, weshalb sich Elemente der demokratischen Kontrolle aus dem Parlament in die Öffentlichkeit verlagerten. Um diese Kontrolle auszuüben, setzt die Öffentlichkeit seither auf Transparenz, was aber das Misstrauen gegenüber den Institutionen nur immer weiter erhöht. Mainkas Fazit ist daher ein durch und durch skeptisches: Der konstatierte Transparenzboom sei »zwar Indikator und Katalysator dieses Wandels der politischen Kultur« (S. 428), kann aus seiner Sicht aber keine Lösung sein.

Zitierempfehlung

Thorsten Holzhauser, Rezension zu: Martin Mainka, »In Bonn ist Transparenz angesagt«. Die Flick-Affäre und die Durchsetzung eines neuen Politikideals, 1975–1987, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82021.pdf>> [6.9.2024].

⁴ Vgl. *Andrea Perthen*, Korruption kritisieren. Die Genese politischer Korruptionsskandale in der frühen Bundesrepublik Deutschland, Köln 2021; *Volker Szmulca*, Eine »Ehrenordnung« für den Deutschen Bundestag, in: Paderborner Studien 1, 1975, S. 43–56.